

Februar 2018

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Studieninformation.....	1
Die wichtigsten Ergebnisse	2
Knappe Mehrheit bewertet Große Koalition kritisch.....	3
Koalitionsverhandlungen: Mehrheit begrüßt Kompromiss zum Familiennachzug	5
Wenig Verständnis für die lange Regierungsbildung	6
Koalitionsverhandlungen: Union hat stärkere Position als die SPD	7
Mehrheit findet SPD-Mitgliederentscheid richtig	8
Bei Scheitern der Großen Koalition: Mehrheit für Neuwahl	9
Sonntagsfrage: SPD im Rekordtief	10
Politikerbewertung: Zufriedenheit mit Schulz geht weiter zurück, Nahles legt zu.....	11
Rückhalt für erneute Kanzlerschaft Merkels schwindet.....	13
Zu wenig Rücksicht auf die Interessen der Frauen in der Gesellschaft	14
Ein Drittel sieht in der Diskriminierung von Frauen ein großes Problem	15
Politik zu nachsichtig mit der Autoindustrie	16

ARD – DeutschlandTREND Februar 2018

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)	
WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteurin	Friederike Hofmann	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Heiko Gothe	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.002 Befragte Sonntagsfrage: 1.502 Befragte Frage zum Familiennachzug: 990 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	29. bis 30. Januar 2018 Sonntagsfrage: 29. bis 31. Januar 2018 Frage zum Familiennachzug: 30. bis 31. Januar 2018	
Schwankungsbreite	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Michael Kunert	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3

Die wichtigsten Ergebnisse

Union und SPD verhandeln derzeit über die Bildung einer Großen Koalition. In der Bevölkerung stößt ein solches Bündnis auf ein eher verhaltenes Urteil: 46 Prozent bewerten eine Große Koalition als sehr gut oder gut, 52 Prozent stehen ihr hingegen ablehnend gegenüber. Während die Anhänger der Union diese Koalition mit deutlicher Mehrheit unterstützen, ist das SPD-Lager in dieser Frage gespalten ist. Im Vergleich zu 2013 ist die Akzeptanz für dieses Bündnis deutlich geringer.

Die zwischen Union und SPD ausgehandelte Verständigung beim Familiennachzug von Bürgerkriegsflüchtlingen wird von der Mehrheit der Bevölkerung (54 Prozent) als Schritt in die richtige Richtung begrüßt, gut ein Drittel (38 Prozent) ist gegenteiliger Auffassung.

Wenig Verständnis hat die Bevölkerung hingegen für die lange Regierungsbildung, die nun seit gut vier Monaten andauert – so lange wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Lediglich 28 Prozent äußern dafür Verständnis, die deutliche Mehrheit (71 Prozent) hat kein Verständnis dafür. Dabei gibt es Befürchtungen, dass Deutschland Einfluss in der EU verliert (63 Prozent) bzw. dass wichtige innenpolitische Fragen derzeit nicht angegangen werden (64 Prozent).

Aus Sicht der Bürger ist das Gewicht bei den Koalitionsverhandlungen ungleich verteilt: Eine Mehrheit (57 Prozent) ist der Ansicht, dass die CDU in den Gesprächen die stärkste Verhandlungsposition hat, 21 Prozent sehen hingegen die SPD im Vorteil. Jeder Zehnte (9 Prozent) ist der Meinung, dass die CSU die besten Aussichten hat ihre Ziele in den Gesprächen durchzusetzen. Nach Abschluss der Verhandlungen können die rund 445.000 SPD-Mitglieder über den Koalitionsvertrag abstimmen. 58 Prozent der Wahlberechtigten finden das Mitgliedervotum richtig, 38 Prozent lehnen es ab. In der SPD-Anhängerschaft findet der Mitgliederentscheid zwar überdurchschnittlich starke Zustimmung, immerhin drei von zehn SPD-Anhängern stehen diesem Instrument innerparteilicher Beteiligung jedoch ablehnend gegenüber. Im Falle eines Scheiterns der GroKo-Verhandlungen spricht sich eine Mehrheit der Bürger für eine Neuwahl des Bundestags aus (56 Prozent), 40 Prozent für eine Minderheitsregierung der CDU/CSU.

Aktuell haben sich die Parteistärken und Koalitionsmöglichkeiten gegenüber der Bundestagswahl nicht wesentlich geändert. Die Union würde aktuell einen Stimmenanteil von 33 Prozent erreichen (unverändert im Vergleich zu Anfang Januar) und wäre damit weiterhin mit großem Abstand stärkste Kraft. Die SPD verliert 3 Punkte und käme auf 18 Prozent – der niedrigste bisher im ARD-DeutschlandTREND gemessene Wert für die Sozialdemokraten. Die AfD gewinnt 1 Punkt hinzu und erreicht 14 Prozent. Auch FDP (10 Prozent +1) und Linke (11 Prozent, +2) verbessern sich leicht. Die Grünen liegen wie im Januar bei 11 Prozent.

Die Schwäche der SPD geht einher mit einer Ansehenschwäche des Parteivorsitzenden, dessen Rückhalt in der Bevölkerung weiter sinkt. Aktuell sind nur noch 25 Prozent mit seinem politischen Wirken sehr zufrieden bzw. zufrieden – minus 5 Punkte im Vergleich zum Vormonat. Dies ist der niedrigste bisher für Schulz im ARD-DeutschlandTREND gemessene Wert. Auch die Zufriedenheit mit Angela Merkel ist seit der Bundestagswahl rückläufig. Hinzu kommt ein schwindender Rückhalt für eine erneute Kanzlerschaft Merkels. Mit 51:46 Prozent halten sich Befürworter und Gegner einer weiteren Amtszeit Merkels in etwa die Waage.

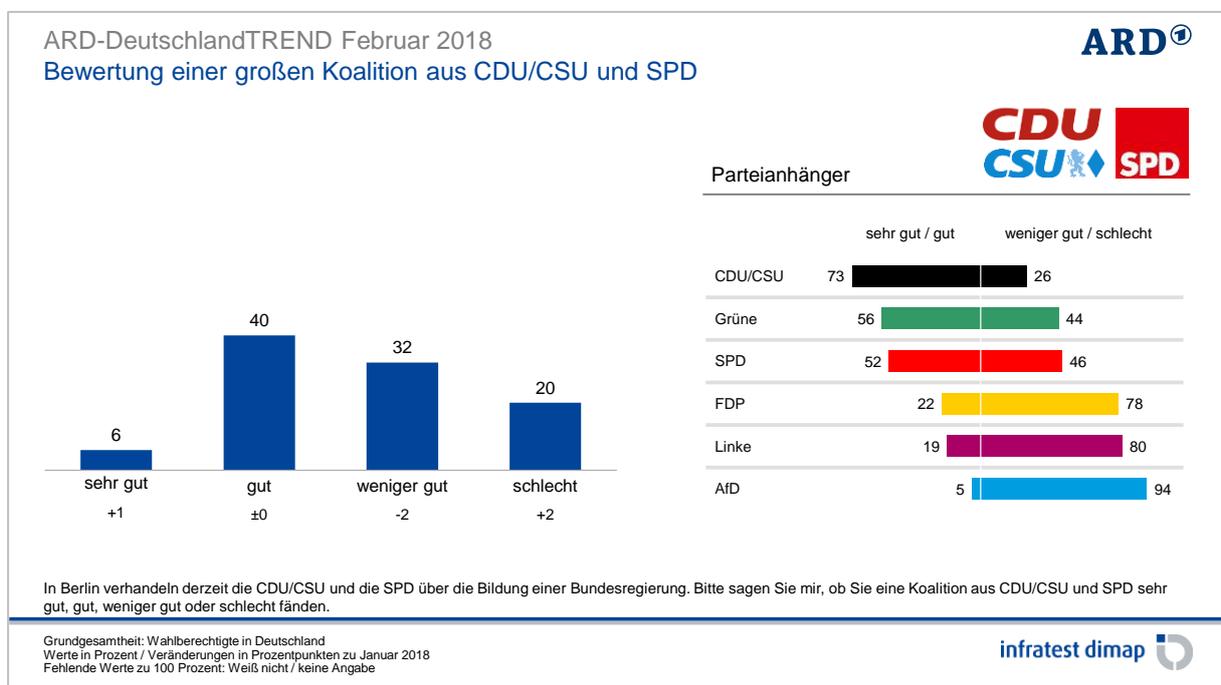
Vor dem Hintergrund der #metoo-Debatte sieht eine breite Mehrheit bei der Frage des Umgangs mit Frauen in unserer Gesellschaft Handlungsbedarf. Ein Drittel der Bürger (34 Prozent) empfindet die Diskriminierung von Frauen in der deutschen Gesellschaft als sehr großes oder großes Problem. Weitere 48 Prozent beurteilen den Umgang mit Frauen in unserer Gesellschaft als problematisches, wenn auch kleineres Problem. Nur 14 Prozent sehen dies als gänzlich unproblematisch an.

Angesichts neuer Enthüllungen im Abgas-Skandal wird der Umgang der Politik mit der Autoindustrie sehr kritisch gesehen. Drei Viertel der Bürger (73 Prozent) vertreten die Auffassung, dass die verantwortlichen Politiker zu nachsichtig sind.

Das sind die wichtigsten Befunde im aktuellen ARD-DeutschlandTREND von infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT.

Knappe Mehrheit bewertet Große Koalition kritisch

Union und SPD verhandeln derzeit über die Bildung einer Großen Koalition. Die Gespräche sollen am Sonntag abgeschlossen sein. In der Bevölkerung stößt ein Bündnis aus Union und SPD auf ein eher verhaltenes Urteil: 46 Prozent bewerten eine Große Koalition als sehr gut oder gut, 52 Prozent stehen ihr hingegen ablehnend gegenüber. Während die Anhänger der Union den Gang in eine Große Koalition mit deutlicher Mehrheit unterstützen (73:26 Prozent), ist das SPD-Lager deutlich verhaltener (52:46 Prozent). Bei den Anhängern der Grünen überwiegt die positive Sicht (56:44 Prozent) auf eine Fortsetzung der „GroKo“, die Anhänger von FDP (22:78 Prozent), Linken (19:80 Prozent) und insbesondere AfD (5:94 Prozent) bewerten ein Bündnis aus Union und SPD mehrheitlich kritisch.

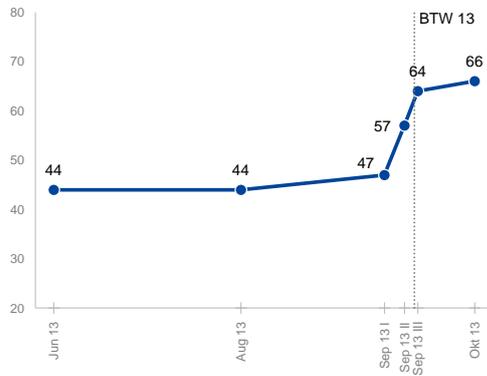


Nach der Entscheidung der SPD, in Sondierungsgespräche einzutreten, war die Zustimmung zur Großen Koalition im Dezember kurzzeitig höher. Aktuell bewegt sie sich wie bereits im Januar auf einem Niveau wie vor der Bundestagswahl. Nach vier Jahren Großer Koalition in Deutschland ist die Akzeptanz für dieses Bündnis aber deutlich geringer als 2013: Damals bewerteten zwei Drittel der Deutschen (66 Prozent, vgl. ARD-DeutschlandTREND Oktober 2013) eine Regierungsbildung von Union und SPD positiv.

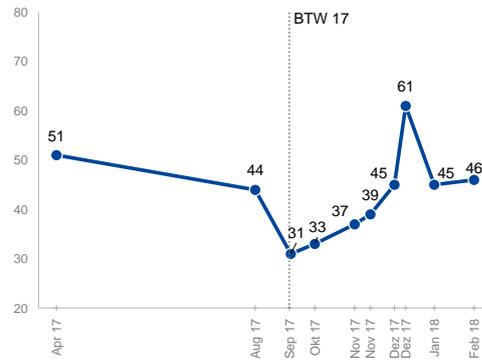
ARD-DeutschlandTREND Februar 2018
 Bewertung einer großen Koalition aus CDU/CSU und SPD
 2013 und 2017/18 im Vergleich
 sehr gut / gut



2013



2017/18

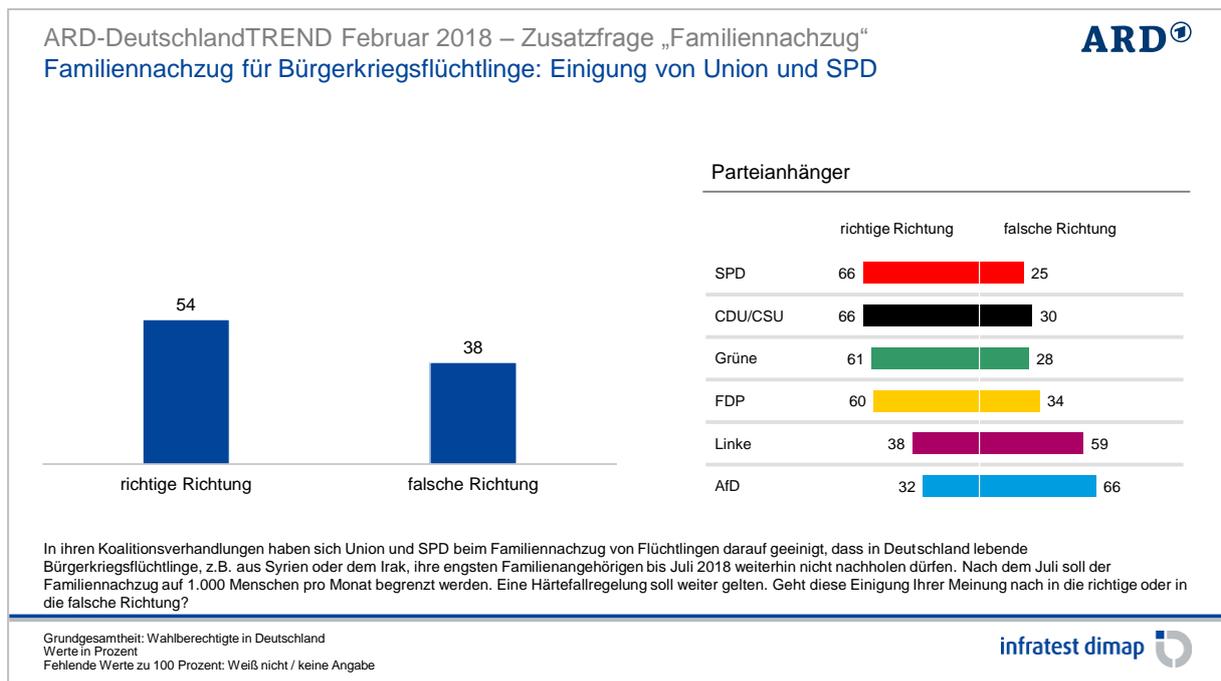


Bitte sagen Sie mir, ob Sie eine Koalition aus CDU/CSU und SPD sehr gut, gut, weniger gut oder schlecht fänden.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
 Werte in Prozent
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

Koalitionsverhandlungen: Mehrheit begrüßt Kompromiss zum Familiennachzug

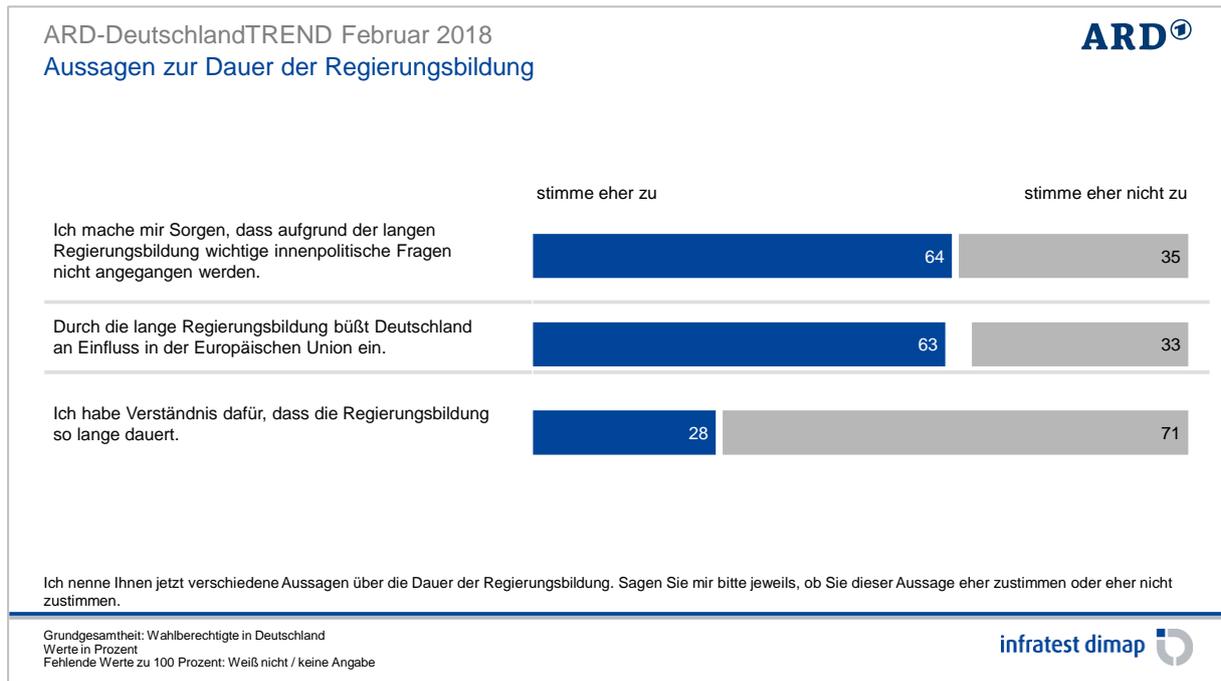
Inhaltlich ist in den Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD bei der Frage des Familiennachzugs von Bürgerkriegsflüchtlingen eine Einigung erzielt worden. Danach bleibt der Nachzug enger Familienangehöriger bis Juli dieses Jahres ausgesetzt, anschließend wird er in begrenztem Maße wieder erlaubt. Die bereits bestehende Härtefallregelung soll weiter gelten. Diese inhaltliche Verständigung wird von der Mehrheit der Bevölkerung (54 Prozent) als Schritt in die richtige Richtung begrüßt, gut ein Drittel (38 Prozent) ist gegenteiliger Auffassung.



Die Anhänger von SPD, Union, Grünen und FDP unterstützen den von den Groko-Parteien ausgehandelten Kompromiss überwiegend. Mehrheitlich kritisch wird das Vorhaben von Anhängern der Linken und der AfD beurteilt.

Wenig Verständnis für die lange Regierungsbildung

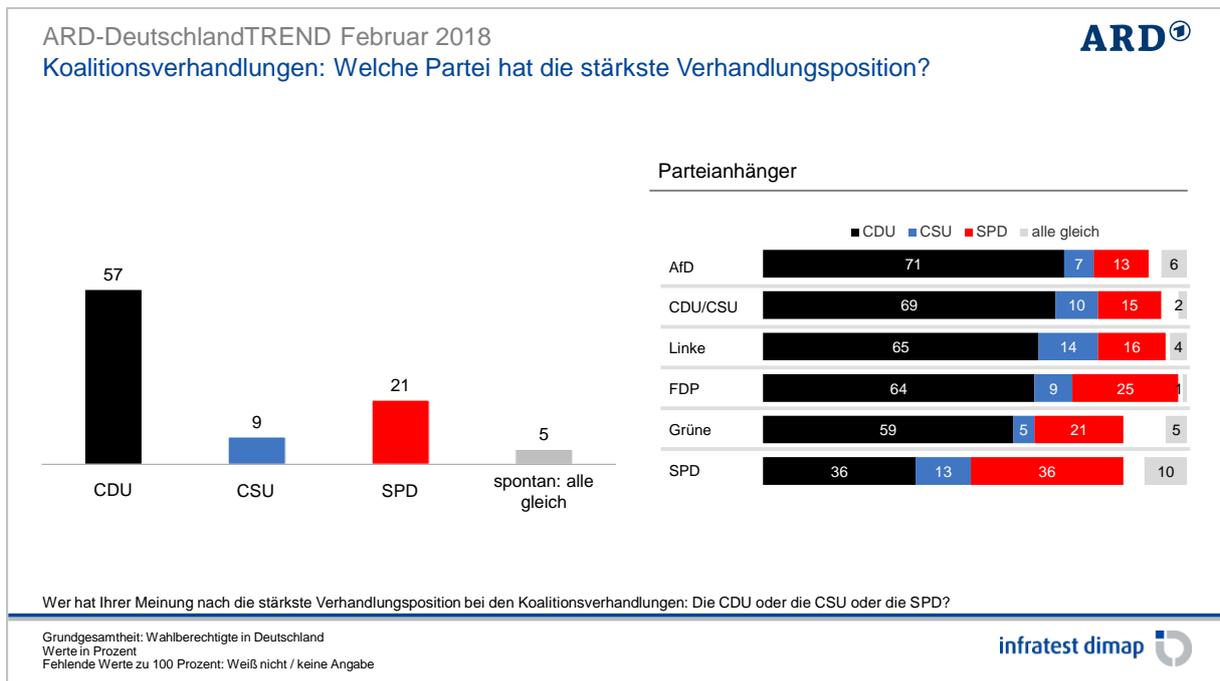
Wenig Verständnis hat die Bevölkerung für die lange Phase der Regierungsbildung, die sich nun seit gut vier Monaten hinzieht. Damit ist die Dauer bis zur Kabinettsbildung so lang wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Lediglich 28 Prozent äußern dafür Verständnis, die deutliche Mehrheit (71 Prozent) hat aber kein Verständnis dafür, dass die Regierungsbildung so viel Zeit in Anspruch nimmt.



Dabei werden zwei Folgen der langen Regierungsbildung als kritisch erachtet: Knapp zwei Drittel (63 Prozent) befürchten, dass Deutschland Einfluss in der Europäischen Union verliert, weil es keine voll handlungs- und entscheidungsfähige Bundesregierung gibt. Darüber hinaus sorgen sich ebenso viele (64 Prozent) darum, dass wichtige innenpolitische Fragen derzeit nicht angegangen werden.

Koalitionsverhandlungen: Union hat stärkere Position als die SPD

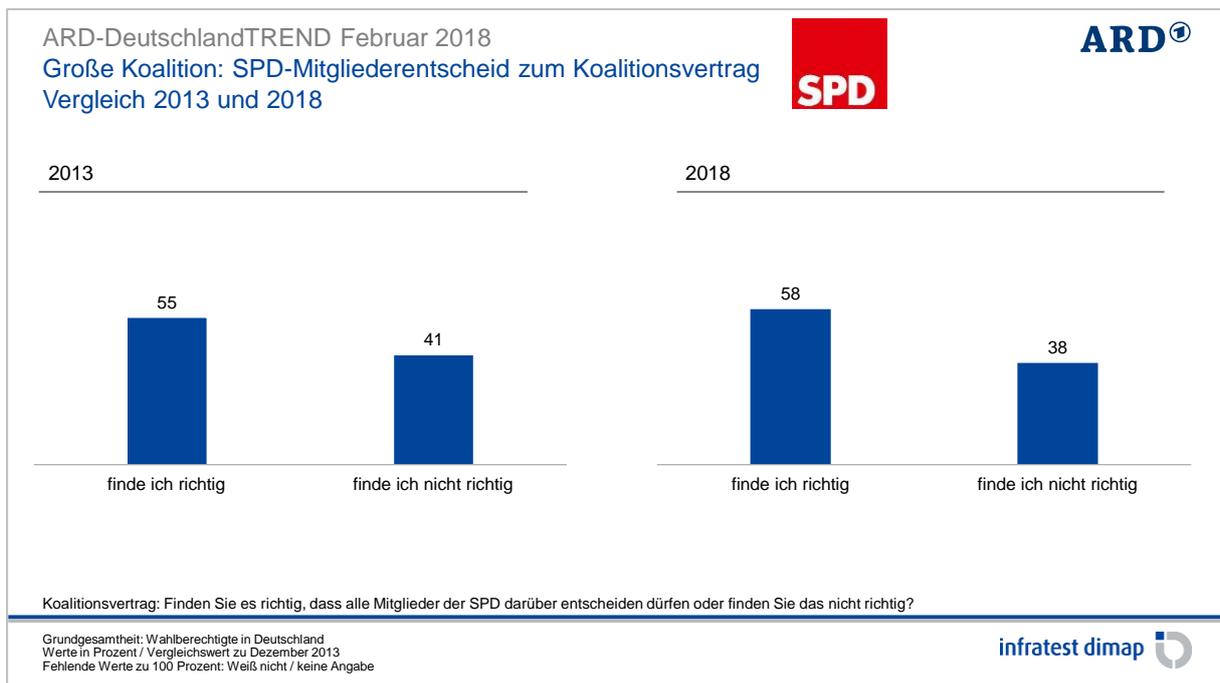
In der knappen Zustimmung des SPD-Parteitagess zur Aufnahme von Koalitionsgesprächen sahen manche eine Stärkung der SPD-Verhandlungsposition, da sie weitergehende Zugeständnisse benötigen, um die Zustimmung ihrer Mitglieder zum Koalitionsvertrag zu bekommen. In der Bevölkerung wird dies jedoch anders wahrgenommen: eine Mehrheit (57 Prozent) ist der Ansicht, dass die CDU in den Koalitionsgesprächen die stärkste Verhandlungsposition hat, 21 Prozent sehen hingegen die SPD im Vorteil. Jeder Zehnte (9 Prozent) ist der Meinung, dass die CSU die besten Aussichten hat, ihre Ziele in den Gesprächen durchzusetzen.



Nach Ansicht der Unions-Anhänger ist die CDU klar in der stärksten Ausgangslage, aber auch die Anhänger von AfD, Linken, FDP und Grünen sehen deutliche Vorteile bei der CDU. In der Wahrnehmung der SPD-Anhänger verhandeln CDU und SPD auf Augenhöhe: gut jeder Dritte (36 Prozent) sieht die eigene Partei im Vorteil, ebenso viele SPD-Anhänger (36 Prozent) bewerten hingegen die CDU als stärkste Kraft in den Koalitionsgesprächen.

Mehrheit findet SPD-Mitgliederentscheid richtig

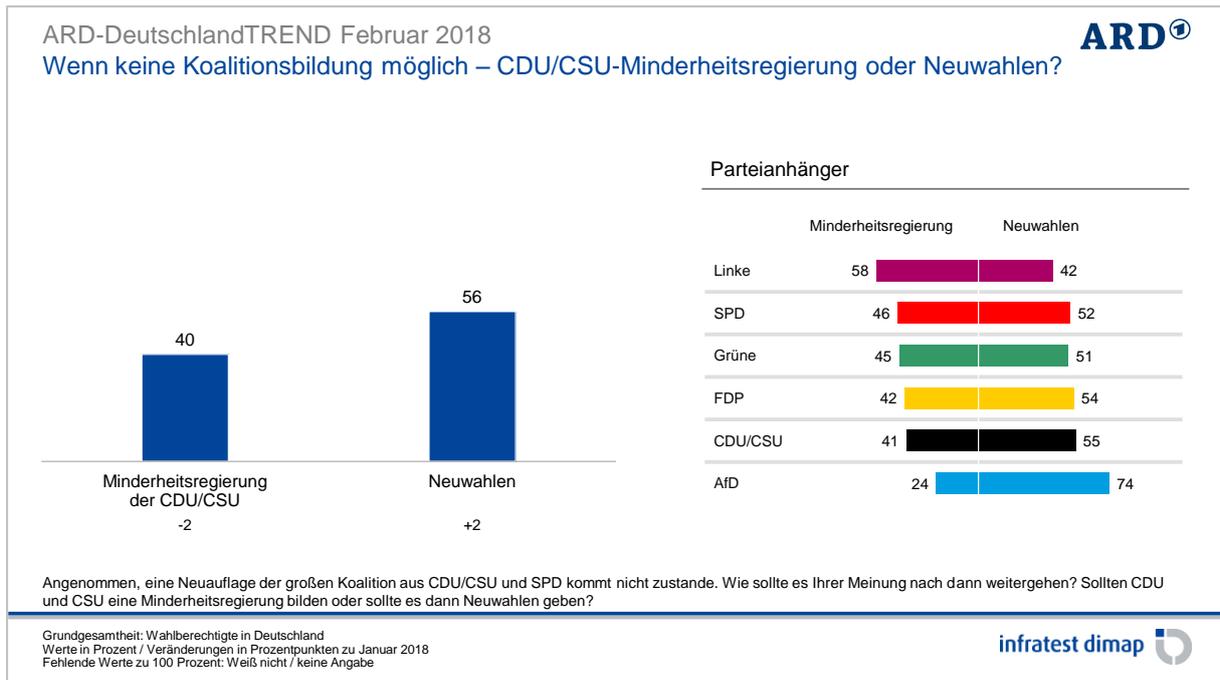
Wie bereits vor vier Jahren wird die SPD ihre Mitglieder über die Annahme des Koalitionsvertrags entscheiden lassen. Die aktuell rund 445.000 SPD-Mitglieder können per Briefwahl über den Koalitionsvertrag abstimmen. In der Bevölkerung findet dieses Vorgehen mehrheitlich wohlwollende Resonanz: 58 Prozent der Wahlberechtigten finden das Mitgliedervotum richtig. Demgegenüber lehnen 38 Prozent das Verfahren ab. Damit ist die Bewertung des Mitgliederentscheids der SPD mit der vor vier Jahren vergleichbar.



In der sozialdemokratischen Anhängerschaft findet der Mitgliederentscheid zwar überdurchschnittlich starke Zustimmung, immerhin drei von zehn SPD-Anhänger stehen diesem Instrument innerparteilicher Beteiligung jedoch ablehnend gegenüber (71:29 Prozent).

Bei Scheitern der Großen Koalition: Mehrheit für Neuwahl

Falls die Verhandlungen über eine Neuauflage der Großen Koalition scheitern sollten, bliebe die Bildung einer CDU/CSU-Minderheitsregierung oder die Neuwahl des Bundestags. Aktuell spricht sich eine Mehrheit der Bürger für eine Neuwahl aus (56 Prozent, +2 Punkte im Vergleich zum Januar). Demgegenüber plädieren 40 Prozent (-2) für eine Minderheitsregierung der CDU/CSU.

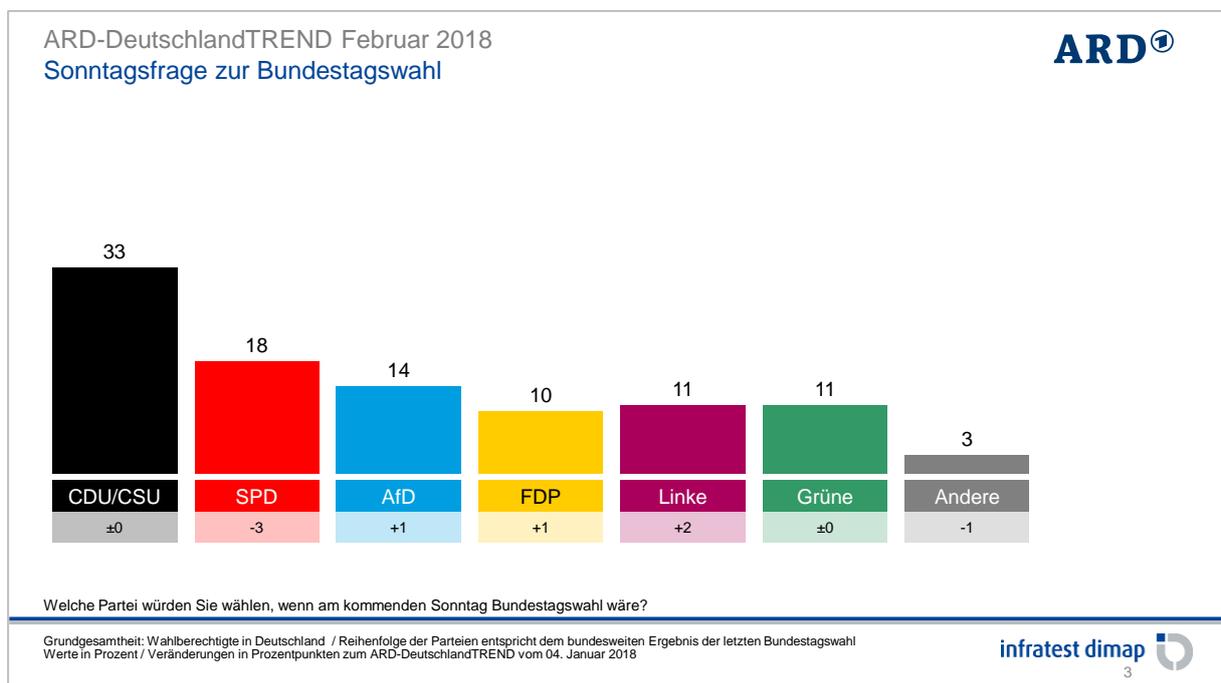


Die Anhänger der Union sprechen sich überwiegend für Neuwahlen aus – vier von zehn finden eine Minderheitsregierung ihrer Partei gut. Noch deutlicher votieren die Anhänger der AfD für einen erneuten Wahlgang. In den Reihen von Grünen und SPD überwiegen die Befürworter von Neuwahlen ebenfalls, einzig die Anhänger der Linken würden eine unionsgeführte Minderheitsregierung überwiegend begrüßen.

Das Meinungsbild bei diesem Thema unterscheidet sich deutlich nach Bildungsniveau: Während sich eine große Mehrheit der Bürger mit formal niedrigem Schulabschluss für Neuwahlen ausspricht (69:26 Prozent), stehen Bürger mit höheren Bildungsabschlüssen einer Minderheitsregierung und Neuwahlen ähnlich aufgeschlossen gegenüber (50:49 Prozent).

Sonntagsfrage: SPD im Rekordtief

Aktuell haben sich die Parteistärken und Koalitionsmöglichkeiten gegenüber der Bundestagswahl nicht wesentlich geändert. Die Union würde derzeit einen Stimmenanteil von 33 Prozent erreichen (unverändert im Vergleich zu Anfang Januar) und wäre damit weiterhin mit großem Abstand stärkste Kraft. Die SPD verliert 3 Punkte und käme auf 18 Prozent – der niedrigste bisher im ARD-DeutschlandTREND gemessene Wert für die Sozialdemokraten. Die AfD gewinnt 1 Punkt hinzu und erreicht 14 Prozent. Auch FDP (10 Prozent +1) und Linke (11 Prozent, +2) verbessern sich leicht. Die Grünen liegen wie im Januar bei 11 Prozent. Alle anderen Parteien kämen zusammen genommen auf 3 Prozent der Stimmen.

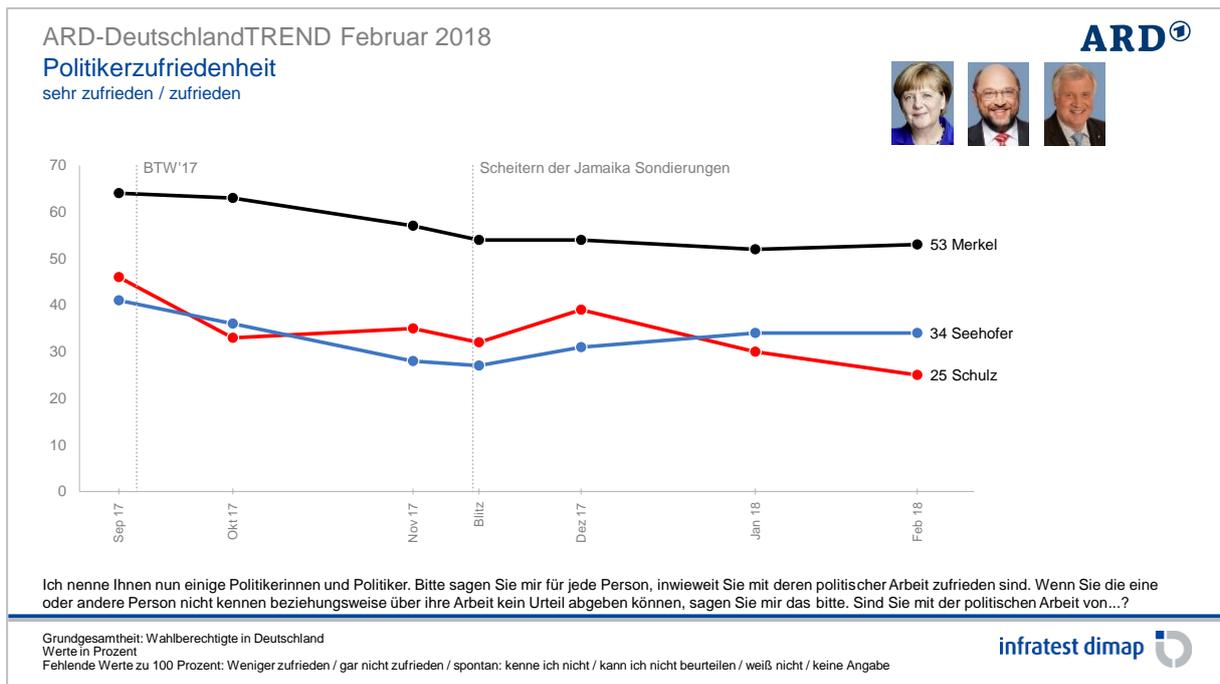


Wäre dies das Ergebnis einer Bundestagswahl gäbe es keine anderen Koalitionsoptionen als derzeit.

Die Sonntagsfrage misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Politikerbewertung: Zufriedenheit mit Schulz geht weiter zurück, Nahles legt zu

Die Schwäche der SPD geht einher mit einer weiteren Ansehensschwäche des Parteivorsitzenden, dessen Rückhalt in der Bevölkerung weiter sinkt. Aktuell sind nur noch 25 Prozent der Deutschen mit seinem politischen Wirken sehr zufrieden bzw. zufrieden – ein Minus von 5 Punkten im Vergleich zum Vormonat. Dies ist der niedrigste bisher für Schulz im ARD-DeutschlandTREND gemessene Wert. Zwei Drittel (68 Prozent) sind weniger bzw. gar nicht zufrieden mit Schulz' Arbeit.

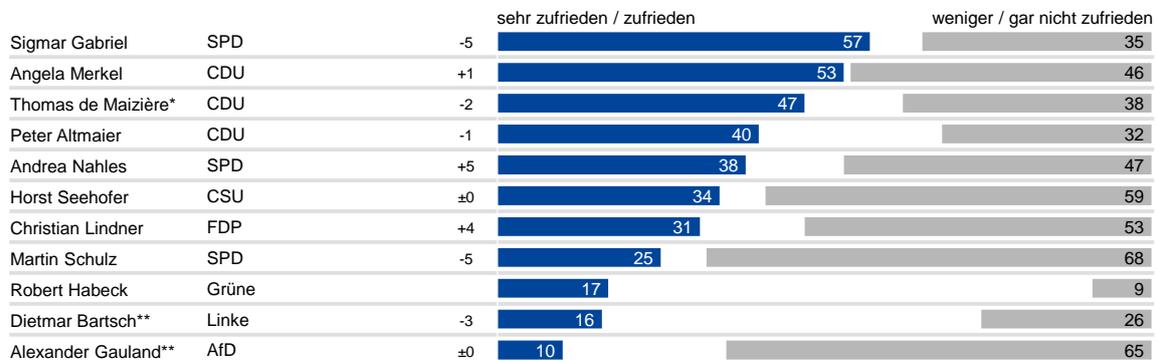


Die SPD-Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles baut ihren Rückhalt in der Bevölkerung hingegen aus: Mit einem Plus von 5 Punkten erreicht sie aktuell einen Zustimmungswert von 38 Prozent. Spitzenreiter der in diesem Monat abgefragten Politiker bleibt Außenminister Sigmar Gabriel, der - trotz 5 Punkten Verlust - mit 57 Prozent vor Bundeskanzlerin Angela Merkel (53 Prozent, +1) liegt. Innenminister Thomas de Maizière führt mit 47 Prozent das obere Mittelfeld an. Der Chef des Kanzleramtes und geschäftsführende Finanzminister Peter Altmaier erreicht derzeit 40 Prozent (-1) Zustimmung. Aufgrund ihres Popularitätszuwachses zieht Andrea Nahles an dem CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer vorbei, über dessen Arbeit unverändert ein Drittel der Bundesbürger (34 Prozent) positiv urteilt.

ARD-DeutschlandTREND Februar 2018



Politikerzufriedenheit



Ich nenne Ihnen nun einige Politikerinnen und Politiker. Bitte sagen Sie mir für jede Person, inwieweit Sie mit deren politischer Arbeit zufrieden sind. Wenn Sie die eine oder andere Person nicht kennen beziehungsweise über ihre Arbeit kein Urteil abgeben können, sagen Sie mir das bitte. Sind Sie mit der politischen Arbeit von...?

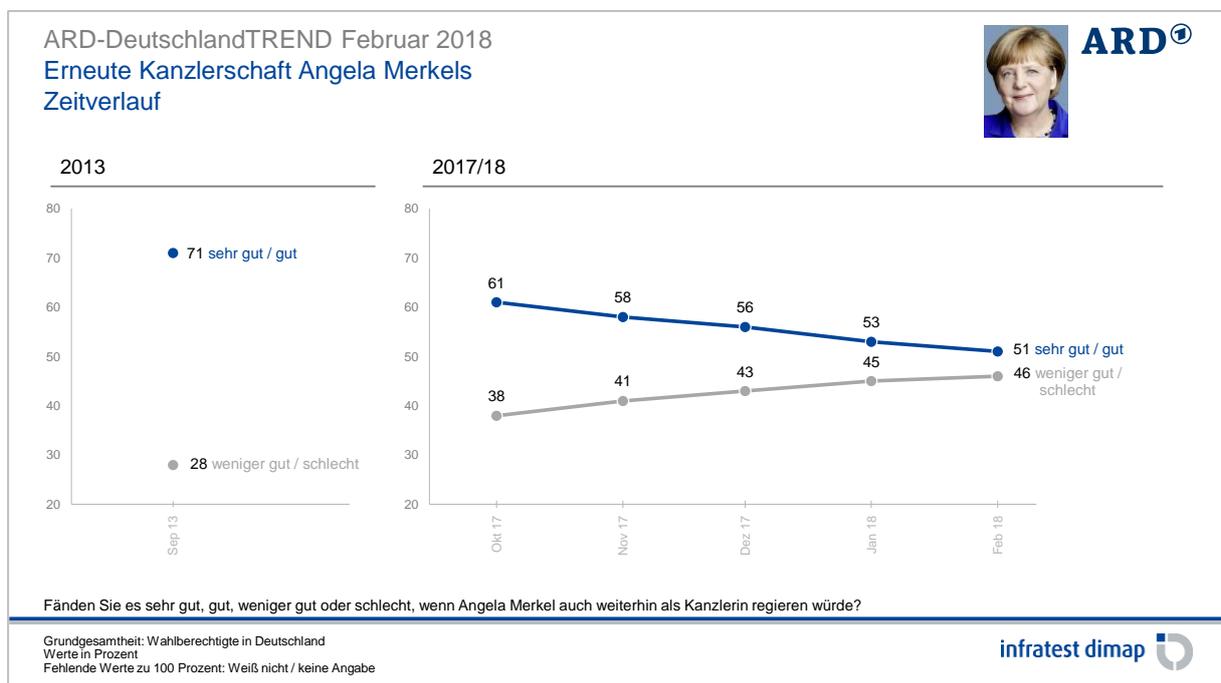
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
 Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu Januar 2018 / *September 2017 / **Dezember 2017
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: Spontan: kenne ich nicht / kann ich nicht beurteilen / weiß nicht / keine Angabe



Das Urteil über Christian Lindner fällt in diesem Monat wieder etwas wohlwollender aus als Anfang des Jahres: Aktuell sind 31 Prozent der Deutschen mit der Arbeit des FDP-Vorsitzenden zufrieden, ein Plus von 4 Punkten. Er erreicht damit jedoch bei weitem nicht die Zufriedenheitswerte wie vor der Bundestagswahl. Den neuen Grünen-Vorsitzenden Robert Habeck sehen 17 Prozent der Bürger positiv. Allerdings kennen ihn sehr viele nicht. Gleichwohl überwiegen die positiven Urteile über den Schleswig-Holsteiner die negativen – im Unterschied zu den Spitzen der FDP, der Linken und der AfD. Mit der Arbeit des Linke-Fraktionsvorsitzenden Dietmar Bartsch sind 16 Prozent zufrieden. Über Alexander Gauland, den Partei- und Fraktionsvorsitzenden der AfD, äußert sich nur jeder Zehnte positiv (10 Prozent, +/-0).

Rückhalt für erneute Kanzlerschaft Merkels schwindet

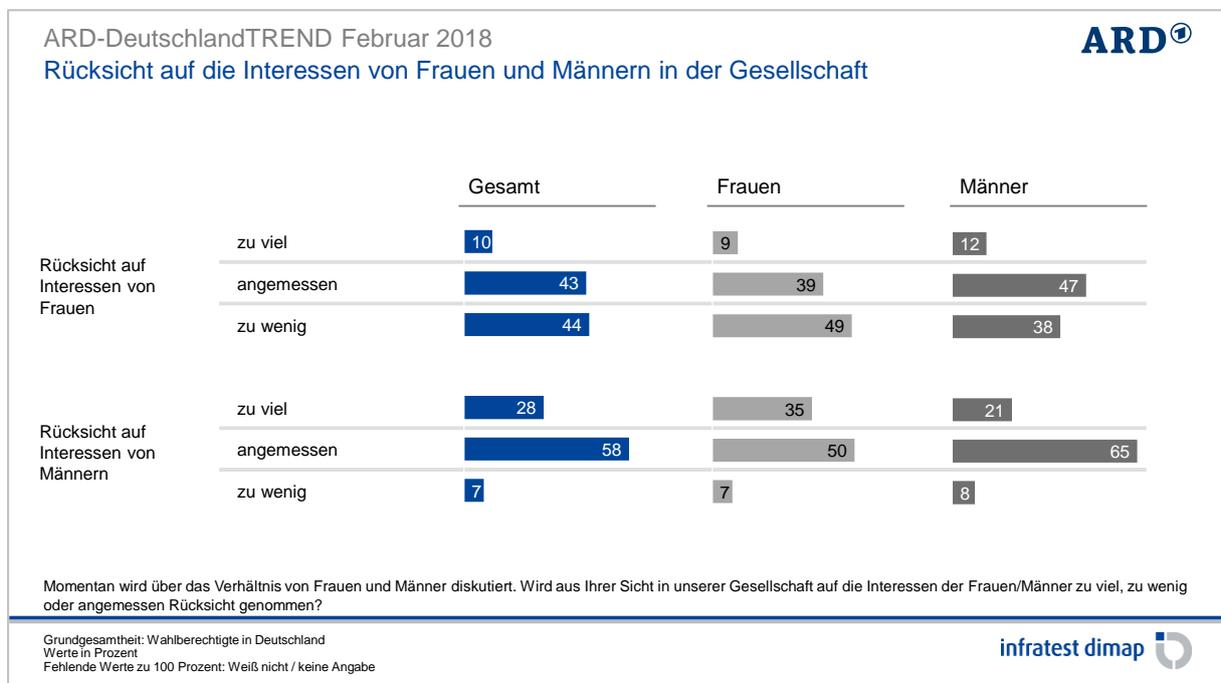
Seit der Bundestagswahl im September hat die Zufriedenheit mit Angela Merkels politischer Arbeit kontinuierlich abgenommen. Und auch in der Frage, ob sie eine weitere Amtszeit als Kanzlerin regieren sollte, schwindet ihr Rückhalt. Sprach sich nach der Bundestagswahl im Oktober noch eine Mehrheit (61 Prozent) für eine erneute Kanzlerschaft von Angela Merkel aus, ist die Bevölkerung in dieser Frage inzwischen gespalten: Mit 51:46 Prozent halten sich Befürworter und Gegner einer weiteren Amtszeit der Christdemokratin in etwa die Waage. Vor allem im Vergleich zu vor vier Jahren, also noch 71 Prozent der Befragten eine erneute Kanzlerschaft Merkels positiv bewerteten, hat sie deutlich an Unterstützung verloren.



Mehrheitlichen Rückhalt genießt Angela Merkel in den Reihen der Union (89 Prozent). Auch die Anhänger der Grünen unterstützen eine erneute Kanzlerschaft der CDU-Politikerin. Im Lager der FDP überwiegt die Ablehnung knapp, bei Anhängern der SPD, Linke und AfD deutlicher.

Zu wenig Rücksicht auf die Interessen der Frauen in der Gesellschaft

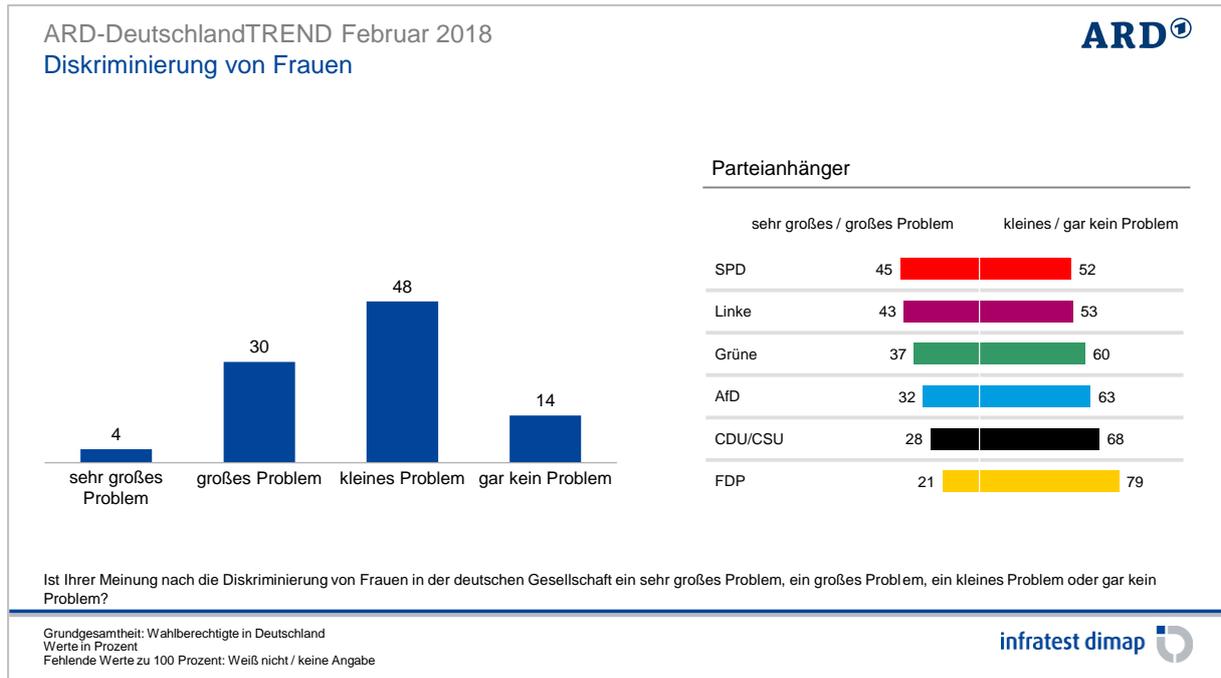
Angesichts des Skandals um den US-amerikanischen Filmproduzenten Harvey Weinstein und der Vorwürfe gegen den deutschen Regisseur Dieter Wedel ist der Umgang mit Frauen in unserer Gesellschaft erneut in den Blickpunkt gerückt. Ausgelöst wurde die aktuelle Diskussion durch die zahlreichen Berichte über sexuelle Belästigungen von Frauen. Aber auch Fragen der Lohngerechtigkeit und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind seit langem Gegenstand der öffentlichen Debatte. Bei der Wahrung der Interessen von Frauen gibt es nach Ansicht der Bevölkerung in der Tat Nachholbedarf. Jede zweite Frau (49 Prozent) ist der Ansicht, auf die Interessen von Frauen würde in unserer Gesellschaft zu wenig Rücksicht genommen. Dieser Einschätzung schließen sich auch 38 Prozent der Männer an.



Im Gegenzug beklagt ein Drittel der Frauen (35 Prozent) eine zu starke Berücksichtigung der Interessen von Männern – eine Meinung die von jedem fünften Mann (21 Prozent) geteilt wird.

Ein Drittel sieht in der Diskriminierung von Frauen ein großes Problem

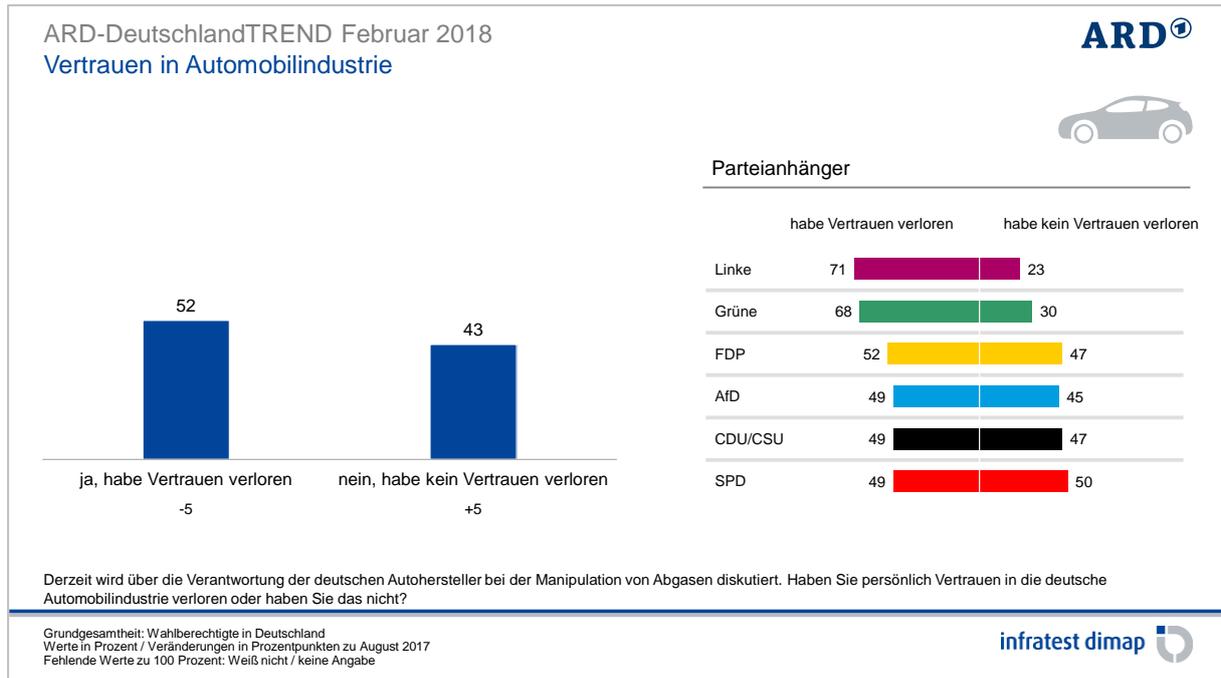
Bei der Frage des Umgangs mit Frauen in unserer Gesellschaft sieht eine breite Mehrheit Handlungsbedarf. Ein Drittel der Bürger (34 Prozent) empfindet die Diskriminierung von Frauen in der deutschen Gesellschaft als sehr großes (4 Prozent) oder großes Problem (30 Prozent). Weitere 48 Prozent beurteilen den Umgang mit Frauen in unserer Gesellschaft als problematisch, wenn auch als kleineres Problem. Nur 14 Prozent sehen dies als gänzlich unproblematisch an.



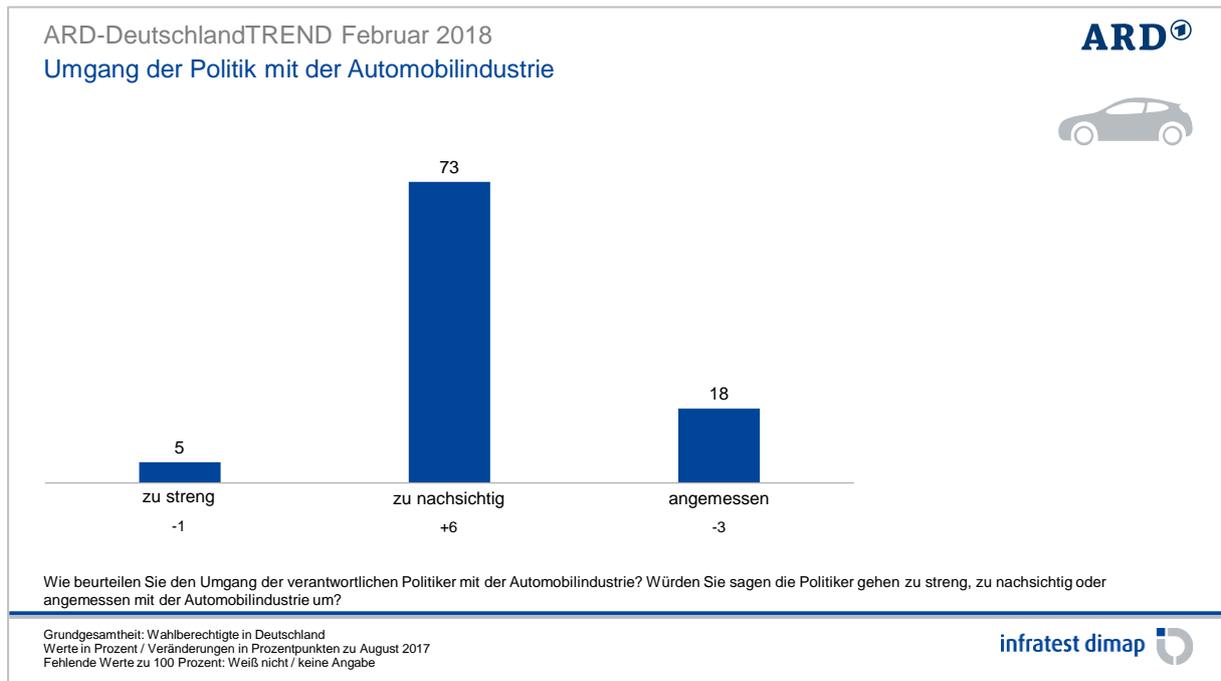
Insbesondere unter Anhängern der SPD (45 Prozent) und der Linken (43 Prozent) ist der Anteil derer, die die Diskriminierung von Frauen in Deutschland als sehr großes oder großes Problem ansehen, überdurchschnittlich.

Politik zu nachsichtig mit der Autoindustrie

In diesen Tagen sind neue Informationen über den Umgang der Autoindustrie mit dem „Abgas-Skandal“ bekannt geworden. Eine von mehreren Herstellern finanzierte Forschungseinrichtung hat Experimente mit Affen zu den Auswirkungen der Stickoxidbelastung durchführen lassen. Gut jeder zweite Deutsche (52 Prozent) gibt an, Vertrauen in die deutsche Automobilindustrie verloren zu haben. Mehr als vier von zehn (43 Prozent) sehen ihr Vertrauen nicht erschüttert.



Der Umgang der Politik mit der Autoindustrie sehen die Bürger sehr kritisch. Drei Viertel (73 Prozent) vertreten die Auffassung, dass die verantwortlichen Politiker im Umgang mit der Automobilindustrie zu nachsichtig sind. Knapp ein Fünftel (18 Prozent) bewertet das Verhältnis der Politik zu Deutschlands wichtigster Industrie als angemessen. Lediglich 5 Prozent finden, die Politik ginge zu streng mit der Autoindustrie um.



Diese Einschätzungen werden im Wesentlichen von allen Bevölkerungsgruppen und Parteianhängerschaften geteilt. Die Kritik an den politisch Verantwortlichen hat sich damit seit August letzten Jahres noch etwas verstärkt. Seinerzeit erhoben 67 Prozent entsprechende Vorwürfe.

--

Michael Kunert / Reinhard Schlinkert